

Inhaltsübersicht

1. Kapitel: Einleitung	23
A. Problemstellung: Geheimhaltung vs. Offenbarung	23
B. Eingrenzung des Themas und Gang der Darstellung	25
2. Kapitel: Dogmatisches Fundament der Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern	29
A. Ausdrückliche gesetzliche Geheimhaltungspflichten von Gesell- schaftern	30
B. Vertraglich vereinbarte Verschwiegenheitspflichten von Gesell- schaftern	39
C. Das Bestehen einer allgemeinen Geheimhaltungspflicht eines Gesellschafter als Ausfluss aus zentralen gesellschaftsrechtli- chen Prinzipien	54
D. Nachwirkende Geheimhaltungspflichten	81
3. Kapitel: Gegenstand und Reichweite der Geheimhaltungspflicht	86
A. Sachliche Reichweite der Geheimhaltungspflicht	88
B. Personelle Reichweite der Geheimhaltungspflicht	116
4. Kapitel: Grenzen der Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern als materielle Voraussetzungen für die Weitergabe von gesellschaftsinternen Informationen	120
A. Grenzen verfassungsrechtlicher Art	121
B. Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht als systemeigene Grenze der Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern	132
C. Verschwiegenheitsverpflichtung des Informationsempfängers als Grenze der Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern	155

5. Kapitel: Befreiung von der Geheimhaltungspflicht durch Gesellschafterbeschluss	187
A. Dispositionsfreiheit der Gesellschaftergesamtheit über die Veröffentlichung gesellschaftsinterner Vorgänge	187
B. Mehrheitserfordernisse des Gesellschafterbeschlusses	194
C. Stimmrechtsausschluss des die Beschlussfassung begehrenden Gesellschafters	210
D. Der inhaltliche Maßstab für den von der Geheimhaltungspflicht befreienden Gesellschafterbeschluss	222
E. Folgen eines fehlerhaften Gesellschafterbeschlusses über die Durchbrechung der Geheimhaltungspflicht	230
F. Der Gesellschafterbeschluss als kumulative oder alternative Voraussetzung zur Durchbrechung der Geheimhaltungspflicht	234
6. Kapitel: Anwendung des vorangehend entwickelten Geheimnisschutzkonzepts auf exemplarische Unternehmensinteressenkonflikte zwischen Geheimhaltung und Offenbarungswunsch sowie rechtspolitische Überlegungen	242
A. Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern bei Einschaltung eines externen Beraters	242
B. Die Hinzuziehung eines Sachverständigen zur Ausübung des Gesellschafterinformationsrechts	244
C. Die Zulässigkeit einer Due Diligence	246
D. Geheimhaltungspflichten des Gesellschafters im Konflikt mit der Durchsetzung von Ansprüchen und Klagen der Gesellschaft gegen ihn	250
7. Kapitel: Rechtsfolgen bei Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht und gerichtliche Durchsetzbarkeit	252
A. Unterlassungsansprüche gegen den die gesellschaftsinternen Informationen preisgebenden Gesellschafter	253
B. Schadensersatzansprüche gegen den die gesellschaftsinternen Informationen offenbarenden Gesellschafter	254
C. Verhältnis der Ansprüche der Gesellschaft und der Ansprüche der Mitgesellschafter	259

D. Ausschluss des die unternehmensinternen Informationen preisgebenden Gesellschafters aus der Gesellschaft	260
E. Gerichtliche Durchsetzungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Sanktionen bei Treuepflichtverstößen	261
F. Alternative Konfliktbeilegung bei Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht	263
8. Kapitel: Zusammenfassung in Thesen	267
Literaturverzeichnis	275

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einleitung	23
A. Problemstellung: Geheimhaltung vs. Offenbarung	23
B. Eingrenzung des Themas und Gang der Darstellung	25
I. Erläuterung der Struktur und Vorgehensweise in der Arbeit	25
II. Begrenzung des Themas auf personalistisch strukturierte Gesellschaften	25
2. Kapitel: Dogmatisches Fundament der Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern	29
A. Ausdrückliche gesetzliche Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern	30
I. Datenschutzrechtliche Verschwiegenheitspflichten bezüglich personenbezogener Daten	32
II. Unterbindung des Austauschs wettbewerbsrelevanter Gesellschaftsinterna auf der Grundlage des Kartellrechts	37
B. Vertraglich vereinbarte Verschwiegenheitspflichten von Gesellschaftern	39
I. Vereinbarung einer allgemeinen Geheimhaltungspflicht im Gesellschaftsvertrag	39
1. Zulässigkeit und Grenzen der Vereinbarung einer Schweigepflicht von Gesellschaftern im Gesellschaftsvertrag	40
a) Vor dem Hintergrund zwingender gesetzesrechtlicher Schranken	40
b) Im Hinblick auf eine richterliche Inhaltskontrolle von Gesellschaftsverträgen	43
c) Aus dem Blickwinkel einer Konkretisierung der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht	45
2. Beispiele für Geheimhaltungspflichtklauseln in Gesellschaftsverträgen	48

3. Praxisempfehlung für die Aufnahme einer Verschwiegenheitsverpflichtung von Gesellschaftern in Gesellschaftsverträgen	51
II. Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern infolge von Gesellschaftervereinbarungen	52
III. Geheimhaltungspflicht des Gesellschafters aufgrund von Verschwiegenheitsvereinbarungen mit Dritten	53
C. Das Bestehen einer allgemeinen Geheimhaltungspflicht eines Gesellschafters als Ausfluss aus zentralen gesellschaftsrechtlichen Prinzipien	54
I. Geheimhaltungspflicht eines Gesellschafters als Spiegelbild zu seinen gesetzlichen Informationsrechten	54
II. Das Wettbewerbsverbot der §§ 112 ff. HGB als Anknüpfungspunkt für eine allgemeine Geheimhaltungspflicht	57
III. Geheimhaltungspflicht basierend auf der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht	60
1. Herleitung und Begründung der Treuepflicht	61
a) Zu Intention und Geschichte der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht	61
b) Die Rechtsgrundlage der Treuepflicht mit Fokus auf die Geheimhaltungspflicht	65
aa) Bedürfnis einer einheitlichen Rechtsgrundlage für eine einheitliche gesellschaftsrechtliche Treuepflicht in verschiedenen Gesellschaftsformen	67
bb) Treuepflicht als richterrechtliche Rechtsfortbildung	68
cc) Normative Anknüpfung der Treuepflicht im kodifizierten Recht	69
2. Inhalt der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht in Bezug auf eine allgemeine Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern	72
a) Loyalitätsgebote als Element der Treuepflicht	73
b) Schutz der Treuepflicht auch vor der bloßen Gefahr einer Schädigung der Gesellschaft	74

c)	Geheimhaltungspflicht sowohl gegenüber der Gesellschaft als auch gegenüber den Mitgesellschaftern	75
aa)	Geheimhaltungsanspruch des Mitgesellschafter bei ausschließlicher Beeinträchtigung seiner eigenen mitgliedschaftlichen Belange durch die Informationsweitergabe	77
bb)	Eigener Anspruch des Mitgesellschafter auf Verschwiegenheit bei Schädigung des Gesellschaftsvermögens?	78
cc)	Schutz der privaten Interessen von Mitgesellschaftern durch die aus der Treuepflicht abgeleitete Geheimhaltungspflicht gegenüber Mitgesellschaftern	79
dd)	Zwischenergebnis	80
D.	Nachwirkende Geheimhaltungspflichten	81
I.	Nachmitgliedschaftliche Verschwiegenheitspflichten nach Ausscheiden aus der Gesellschaft	81
II.	Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern nach Beendigung der Gesellschaft	84
3. Kapitel:	Gegenstand und Reichweite der Geheimhaltungspflicht	86
A.	Sachliche Reichweite der Geheimhaltungspflicht	88
I.	Bestimmung des Gegenstands der Geheimhaltungspflicht	88
II.	Definition „gesellschaftsinterne Informationen“	89
1.	Anleihe am Begriff der „Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse“	90
a)	Unmittelbarer Unternehmensbezug der Information	92
b)	Mangelnde Offenkundigkeit	94
c)	Berechtigtes Geheimhaltungsinteresse	98
d)	Zwischenergebnis	100
2.	Heranziehung des Begriffs der „vertraulichen Angaben“	102
3.	Vergleich zur „Insiderinformation“ im Kapitalmarktrecht	103

III. Erklärung von Informationen für geheimhaltungsbedürftig durch Gesellschafterbeschluss	106
IV. Einteilung „gesellschaftsinterner Vorgänge“ in verschiedene Kategorien nach Sensibilität	107
1. Vergleich mit Klassifizierungsmodellen im Aufsichtsrat und bei Due Diligence	108
2. Kategorisierung nach dem Vorbild der Sphärentheorie	111
V. Von der Geheimhaltungspflicht unterbundene Verhaltensweisen	116
B. Personelle Reichweite der Geheimhaltungspflicht	116
4. Kapitel: Grenzen der Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern als materielle Voraussetzungen für die Weitergabe von gesellschaftsinternen Informationen	120
A. Grenzen verfassungsrechtlicher Art	121
I. Berücksichtigung der verfassungsrechtlich verbürgten Eigentumsgarantie gem. Art. 14 Abs. 1 GG	121
1. Offenbarung interner Gesellschaftsinformationen durch einen Gesellschafter im Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG	121
2. Ausstrahlungswirkung des Art. 14 Abs. 1 GG auf die Geheimhaltungspflicht des Gesellschafters	124
II. Berücksichtigung der verfassungsrechtlich geschützten Meinungsfreiheit gem. Art. 5 Abs. 1 GG	128
1. Offenbarung interner Gesellschaftsinformationen durch einen Gesellschafter im Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG	129
2. Ausstrahlungswirkung des Art. 5 Abs. 1 GG auf die Geheimhaltungspflicht des Gesellschafters	131
B. Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht als systemeigene Grenze der Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern	132
I. Die Unterscheidung zwischen eigennützigen und uneigennützigen Gesellschafterrechten	135
II. Treuepflichtgemäße Handlungsmaßstäbe für den Gesellschafter bei eigennützigen Gesellschafterrechten	138
III. Die Konkretisierung eigennütziger Gesellschafterrechte durch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Zivilrecht	139

IV. Beispiele für aus der Treuepflicht als systemeigene Grenze zu rechtfertigende Informationspreisgaben	143
1. Berechtigte eigene Interessen des Gesellschafters	143
2. Erfüllung gesetzlicher Auskunftspflichten	145
3. Whistleblowing	147
4. Due Diligence	154
C. Verschwiegenheitsverpflichtung des Informationsempfängers als Grenze der Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern	155
I. Strafrechtliche Verpflichtung des Informationsempfängers zur Berufsverschwiegenheit nach § 203 StGB als Schranke der Geheimhaltungspflicht	156
II. Vertragliche Vertraulichkeitsvereinbarungen als Grenze der Geheimhaltungspflicht	156
1. Das „Ob“ einer vertraglichen Vertraulichkeitsvereinbarung als Grenze der Geheimhaltungspflicht	157
a) Vor dem Hintergrund der Hinzuziehung eines sachverständigen Dritten zur Ausübung des Gesellschafterinformationsrechts	158
b) Im Kontext einer Due Diligence	164
c) Im Vergleich zu den Anforderungen an die Verschwiegenheitspflicht eines Aufsichtsratsmitglieds	166
d) Rückschlüsse aus der Pflicht des GmbH-Geschäftsführers, sich fachkundig beraten zu lassen	170
e) Stellungnahme	171
2. Anforderungen an das „Wie“ einer vertraglichen Vertraulichkeitsvereinbarung	173
a) Ausgestaltung der Vertraulichkeitsvereinbarung als Vertrag zugunsten Dritter iSv. § 328 Abs. 1 BGB	173
b) Definition vertraulicher Gesellschaftsinformationen in der Geheimhaltungsvereinbarung	175
c) Verpflichtung zur Verschwiegenheit als primäre Unterlassungspflicht	176

d) Pflicht zur Rückgabe oder Vernichtung aller erlangten Daten und Unterlagen	176
e) Vereinbarung einer Vertragsstrafe?	176
f) Stellungnahme	178
aa) Vor dem Hintergrund der doppelten, aber begrenzten Funktionalität der Vertragsstrafe	178
bb) Keine Begründung einer zusätzlichen Pflicht durch die Vereinbarung einer Vertragsstrafe	180
1) Abgrenzung der Vertragsstrafe zum pauschalierten Schadensersatz	181
2) Abgrenzung von unselbstständiger und selbstständiger Vertragsstrafe	183
cc) Keine Beweislastumkehr bei Unterlassungspflichten nach § 345 BGB	185
dd) Mangelnde Praxistauglichkeit der vereinbarten Höhe der zu zahlenden Vertragsstrafe	185
ee) Aufbüdung von zu hohen Pflichten und Praktikabilität	186
5. Kapitel: Befreiung von der Geheimhaltungspflicht durch Gesellschafterbeschluss	187
A. Dispositionsfreiheit der Gesellschaftergesamtheit über die Veröffentlichung gesellschaftsinterner Vorgänge	187
I. Keine Dispositionsbefugnis über unverzichtbare Mitgliedschaftsrechte	188
II. Dispositionsbefugnis über das Geheimhaltungsinteresse der Gesellschaft	189
III. Aufgrund des generellen Systems kollektiver Willensbildung in einer personalistisch strukturierten Mehrpersonen-Gesellschaft	191
IV. Vergleich mit der Einpersonengesellschaft	192
V. Befreiung von sich aus der Treuepflicht ergebenden Pflichten des Gesellschafters grundsätzlich durch Gesellschafterbeschluss	193

B. Mehrheitserfordernisse des Gesellschafterbeschlusses	194
I. Die erforderliche Mehrheit eines Offenbarungsbeschlusses ohne Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag	195
1. Im Personengesellschaftsrecht	195
2. Im GmbH-Recht	196
a) Mehrheitsprinzip als gesetzliches Leitbild	196
b) Vergleich mit der Verweigerung der Informationserteilung an einen Gesellschafter nach § 51a Abs. 2 S. 2 GmbHG	198
c) Parallele zur Strafbefreiung von § 85 GmbHG durch Gesellschafterbeschluss	199
d) Rückschlüsse aus dem Genehmigungsbeschluss bei vinkulierten GmbH-Geschäftsanteilen nach § 15 Abs. 5 GmbHG	200
e) Vergleichbarkeit mit strukturändernden Beschlüssen, die ein höheres Quorum erfordern	201
f) Einwand der mangelnden Praxistauglichkeit und der faktischen Vinkulierung durch die Anforderung der Einstimmigkeit	203
II. Ermittlung des zutreffenden Mehrheitserfordernisses aufgrund des Gesellschaftsvertrages	206
C. Stimmrechtsausschluss des die Beschlussfassung begehrenden Gesellschafters	210
I. Gesellschaftsformübergreifendes Stimmverbot per Gesetz?	210
II. Interessenkonflikt bei einem Gesellschafterbeschluss über die Offenbarung gesellschaftsinterner Informationen	211
III. Widerspruch des Stimmrechtsausschlusses zum bestehenden Stimmrecht des veräußerungswilligen Gesellschafters bei Genehmigung der Veräußerung vinkulierter Geschäftsanteile	213
IV. Das dadurch entstehende Vetorecht in der Zweipersonengesellschaft	214
VI. Frage auch nach der Zuständigkeitsverteilung innerhalb der jeweiligen Gesellschaftsform	214
1. Bezüglich der GmbH	216
2. Bezüglich Personengesellschaften	220

V. Abdingbarkeit des Stimmverbots durch Gesellschaftsvertrag	221
D. Der inhaltliche Maßstab für den von der Geheimhaltungspflicht befreienden Gesellschafterbeschluss	222
I. Die Bindung des Stimmrechts an die Treuepflicht	223
II. Materielle Beschlusskontrolle	225
III. Verbleibende Beurteilungs- und Ermessensspielräume der Gesellschafter bei Beschlussfassung	228
E. Folgen eines fehlerhaften Gesellschafterbeschlusses über die Durchbrechung der Geheimhaltungspflicht	230
I. Die Behandlung eines fehlerhaften Weitergabebeschlusses von gesellschaftsinternen Informationen im GmbH-Recht	231
II. Die Behandlung eines fehlerhaften Preisgabebeschlusses von Gesellschaftsinterna im Personengesellschaftsrecht	233
F. Der Gesellschafterbeschluss als kumulative oder alternative Voraussetzung zur Durchbrechung der Geheimhaltungspflicht	234
I. Die eigenständige Befreiungswirkung des Gesellschafterbeschlusses	235
II. Der Gesellschafterbeschluss als zwingende Verfahrensvoraussetzung zur Offenbarung gesellschaftsinterner Informationen?	236
III. Dynamisches Verhältnis zwischen Gesellschafterbeschluss und den übrigen materiellen Grenzen der Geheimhaltungspflicht - Das abgestufte Geheimnisschutzkonzept zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern	238
6. Kapitel: Anwendung des vorangehend entwickelten Geheimnisschutzkonzepts auf exemplarische Unternehmensinteressenkonflikte zwischen Geheimhaltung und Offenbarungswunsch sowie rechtspolitische Überlegungen	242
A. Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern bei Einschaltung eines externen Beraters	242
B. Die Hinzuziehung eines Sachverständigen zur Ausübung des Gesellschafterinformationsrechts	244

C. Die Zulässigkeit einer Due Diligence	246
D. Geheimhaltungspflichten des Gesellschafters im Konflikt mit der Durchsetzung von Ansprüchen und Klagen der Gesellschaft gegen ihn	250
7. Kapitel: Rechtsfolgen bei Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht und gerichtliche Durchsetzbarkeit	252
A. Unterlassungsansprüche gegen den die gesellschaftsinternen Informationen preisgebenden Gesellschafter	253
I. Unterlassungsansprüche der Gesellschaft gegen ihren gesellschaftsinterne Informationen verbreitenden Gesellschafter	253
II. Unterlassungsansprüche der Mitgesellschafter gegen den redseligen Gesellschafter	253
B. Schadensersatzansprüche gegen den die gesellschaftsinternen Informationen offenbarenden Gesellschafter	254
I. Schadensersatzansprüche der Gesellschaft gegen ihren die Geheimhaltungspflicht verletzenden Gesellschafter	254
II. Schadensersatzansprüche der Mitgesellschafter gegen den redseligen Gesellschafter	255
III. Verschuldensmaßstab	256
C. Verhältnis der Ansprüche der Gesellschaft und der Ansprüche der Mitgesellschafter	259
D. Ausschluss des die unternehmensinternen Informationen preisgebenden Gesellschafters aus der Gesellschaft	260
E. Gerichtliche Durchsetzungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Sanktionen bei Treuepflichtverstößen	261
F. Alternative Konfliktbeilegung bei Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht	263
8. Kapitel: Zusammenfassung in Thesen	267
I. Dogmatische Grundlegung der Geheimhaltungspflichten von Gesellschaftern	267
II. Sachliche und personelle Reichweite der Geheimhaltungspflicht von Gesellschaftern	268

III. Grenzen der Geheimhaltungspflicht aus Verfassungsrecht und der Treuepflicht als systemeigener Grenze	269
IV. Vertragliche Vertraulichkeitsvereinbarungen als Grenze der Geheimhaltungspflicht des Gesellschafters	270
V. Befreiung von der Geheimhaltungspflicht durch Gesellschafterbeschluss	271
VI. Abgestuftes Geheimnisschutzkonzept zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	272
VII. Rechtsfolgen bei Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht und gerichtliche Durchsetzbarkeit	273
Literaturverzeichnis	275